

Freihandel lohnt sich

In Südamerika zeigt sich: Die Länder mit offenen Märkten heben ab. Wer sich abschottet, verliert



Freie Fahrt für Chiles
Wirtschaft:
Santiago hat
26 Freihandels-
abkommen mit
insgesamt
64 Ländern
abgeschlossen

Foto: Reuters

Andreas Fink

Buenos Aires Zwischen Südamerikas zwei Welten liegt der höchste Berg des Kontinents. Östlich des schneebedeckten Aconcagua herrschte jahrzehntelang der Glaube, dass sich Argentinien besser entwickeln werde, wenn es seine Produktion vor der ausländischen Konkurrenz schützte. Im Westen hingegen verschiebte sich Chile einer radikalen Grenzöffnung: Das Andenland hat 26 Freihandelsabkommen mit insgesamt 64 Ländern abgeschlossen.

Vielleicht schaut sich Donald Trump einmal die Folgen an: Chiles Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag letztes Jahr laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bei 12 938 Dollar. In Argentinien wurden 10 051 Dollar verzeichnet. 35 Jahre zuvor führte Argentinien mit etwa 8 000 zu 5 000. Heute registriert Chile eine Armutsquote

von 14,1 Prozent, während in Argentinien mehr als 34 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben müssen.

Für Chiles Aufstieg und Argentiniens Fall gibt es eine Serie von Gründen. Politische Stabilität in den Anden versus Populismus in der Pampa. Stetes Wachstum bei niedriger Inflation in Chile und Konsum-Fiesta bei ständig steigenden Preisen in Argentinien. Solide Staatsfinanzen in Santiago gegen zwei Zahlungsausfälle in Buenos Aires. Korruption in beiden Staaten, aber unterschiedlich ausgeprägt. Transparency International führt Argentinien auf Rang 95 ihres Index. Chile liegt auf Platz 24. Und dann ist da eben die Handelspolitik, die mit all dem Vorgenannten zu tun hat.

Denn Länder, die keine Zölle auf einströmende Waren erheben, zwingen ihre Völker und Firmen in einen Konkurrenzkampf mit

Anbietern aus aller Welt. Und damit zu ständiger Effizienzsteigerung und Innovation. Im Wettstreit um Investitionen verpflichten sie sich zu langfristigen politischen Beschlüssen, Transparenz, Rechtssicherheit und dem Schutz ausländischer Geldanlagen.

Dank dem Freihandel entfliehen Millionen der Armut

Die Resultate solcher Strategien sind vermeldenswert, insbesondere jene Perus. Zwischen 1990 und 2010 konnte der Staat seine jährlichen Exporte von 3 auf 36 Milliarden Dollar verzehnfachen. Angestossen wurde diese Entwicklung durch ein strenges Sparprogramm des IWF, verstärkt und vervielfacht durch Chinas Rohstoffhunger. Aber, und das ist das Bemerkenswerte: Perus Wirtschaft wuchs auch dann weiter, als der Rohstoffboom abebbte. Während der letzten fünf Jahre konnten

7 der 30 Millionen Einwohner der Armut entkommen. Zur Jahrtausendwende lag die Armutsquote noch bei 55 Prozent, nun ist sie auf 22 Prozent gefallen, weil auch ein Teil der weitgehend aus dem Rohstoffabbau stammenden Erlöse zu den Ärmsten durchsickerte. Im vergangenen Jahr wuchs Perus Bruttoinlandsprodukt um 3,9 Prozent, während im grossen Nachbarland Brasilien, das dem Protektionismus frönt, die Wirtschaft im dritten Jahr schrumpfte.

Tatsächlich gibt es längst das Südamerika der zwei Geschwindigkeiten. Im Krisenjahr 2009 rutschten fast alle Länder kurz unter die Nulllinie. Aber sonst schrieben Chile, Kolumbien, Peru und Uruguay stets schwarze Zahlen, während die anderen Länder nach dem Rohstoffboom einbrachen, allen voran Venezuela. Den Unterschied macht der Freihandel aus: Chile, Kolumbien und Peru

gründeten 2011 mit Mexiko die Pazifikallianz, zunächst als Freihandelszone mit dem Ziel, diese zu einer Zollunion mit gemeinsamem Börsenplatz auszubauen. Uruguay, seit Jahren frustriert im Nichthandelsbündnis Mercosur zwischen den protektionistischen Bremsblöcken Brasilien und Argentinien, will bald beitreten, ebenso Costa Rica und Panama.

Beim letzten Pazifikgipfel im chilenischen Puerto Varas hiess der Ehrengast Mauricio Macri, der neue Herrscher über das lang verschlossene Land jenseits des höchsten Berges. Macri will Argentinien «in die Welt zurückführen». Doch ob ihm das gelingt, ist noch offen, denn die Gewerkschaften sind mächtig, die Unternehmer wettbewerbsallergisch und die Bürger Wahlgeschenke gewohnt. Protektionismus plus Populismus ist eine Medizin mit massiven Nebenwirkungen.

Fortsetzung Die Mär vom bösen ...

Freihandels, sondern wegen der schwachen Umverteilungsinstrumente: Im Gegensatz zu den USA haben Steuern und Umverteilung in der EU die ungleiche Verteilung der Einkommen stark korrigiert, wie Untersuchungen der Denkfabrik Bruegel mit Sitz in Brüssel zeigen.

Profittiert von der Globalisierung haben in den Industrieländern vor allem die Konsumenten. Tiefere Preise erhöhten die verfügbaren Einkommen. Selbst die Antiglobalisierungsdemonstranten verabredeten sich über ihre Samsung-Handys aus Südkorea und marschierten in Nike-Turnschuhen aus asiatischen Fabriken zum Protest.

Über die Ursachen der Jobverluste in den Industrieländern wurde lange gestritten. Heute ist die

Debatte unter Ökonomen entschieden. Der technische Fortschritt, vor allem die beschleunigte Automatisierung und Digitalisierung der Wirtschaft, war der weit wichtigere Faktor als der Freihandel. Die von Trump verteuerten Handelsabkommen und der Eintritt Chinas in die Welthandelsorganisation haben den Rückgang der Arbeitsplätze in der US-Industrie zwar beschleunigt, betroffen waren besonders schlecht bezahlte, unqualifizierte Tätigkeiten. Aber der wesentliche Treiber dafür war die Erhöhung der Produktivität durch den technischen Fortschritt.

Der Protektionismus wirkt wie eine Steuer für Arme

Selbst wenn Unternehmen die Produktion, die sie nach China oder Mexiko ausgelagert hatten, in die USA zurückbringen würden, kämen die damals verlorenen Jobs nicht zurück. Denn die heutige Produktion ist in hohem Mass automatisiert. Viele internationa-

le Unternehmen haben die Herstellung in weltumspannenden Wertschöpfungsketten organisiert. So baut ein amerikanischer Autositzhersteller sein Endprodukt aus diversen Teilen zusammen, die in vier mexikanischen und vier US-Fabriken hergestellt werden.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie amerikanischer Forscher

weist nach, dass Exporteure häufig gleichzeitig Importeure sind. Von den 2000 US-Firmen, die am meisten exportieren, gehören mehr als ein Drittel auch zu den grössten Importeuren. Umgekehrt gehören von den 1300 US-Firmen, die am meisten importieren, mehr als die Hälfte auch zu den grössten Exporteuren. Importsteuern

oder Zölle zum Schutz einheimischer Produzenten schaden damit ausgerechnet den erfolgreichsten Herstellern, weil sie deren Vorprodukte verteuern und damit den Export der Endprodukte.

Für die Amerikaner haben sich protektionistische Massnahmen schon in der Vergangenheit nicht bewährt. So haben Strafzölle auf

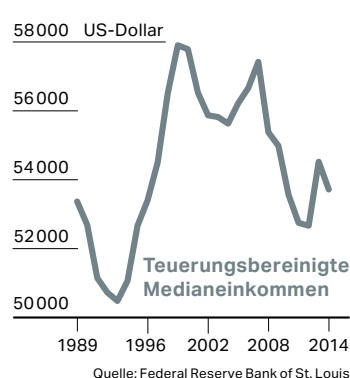
chinesischen Stahl oder Importquoten auf japanische Autos lediglich Gegenmassnahmen provoziert und die Preise für die US-Konsumenten erhöht.

Weil Trump mit Steuerenkungen und einem teuren Infrastrukturprogramm das Budgetdefizit erhöhen wird, werden die Zinsen steigen. Das wiederum zieht ausländisches Kapital an und stärkt so den Dollar, was wiederum die Exporte verteuert. Weil gerade die ärmere Bevölkerung auf günstige Konsumprodukte aus China und Mexiko angewiesen ist, wirkt der Protektionismus wie eine Steuer für Arme.

Der Nobelpreisträger Paul Krugman zieht denn auch den Schluss, dass Trumps neue Handelspolitik «wahrscheinlich zu einem schnelleren statt langsameren Niedergang der amerikanischen Industrie» führen werde.

Die Einwände von Experten haben Trump allerdings noch nie gekümmert.

Sinkende Einkommen in den USA



Welthandel stagniert

